Armutsfallen lauern überall – was lässt sich dagegen tun?

Die Armut in der Schweiz nimmt immer weiter zu. Das stellt auch die Regionalstelle Sargans von Caritas St.Gallen-Appenzell fest. Die Sozialpolitik ist deshalb gefordert. Aber auch Unternehmen beispielsweise im Bereich Detailhandel, die teils miserable Arbeitsbedingungen bieten.

von Hans Bärtsch

Der Verlust des Arbeitsplatzes, Krankheit oder Unfall, eine Trennung oder Scheidung, ein Todesfall – es gibt verschiedenste Gründe, weshalb jemand in die Armut abgleiten kann. Jede Rechnung ist dann eine zu viel und nicht mehr zu tragen. Dazu treibt die Teuerung seit geraumer Zeit die Lebenshaltungskosten steil in die Höhe. Die Wohnungsmieten ziehen immer mehr an, die Krankenkassenprämien sowieso.

Im Stundenlohn, aber immer verfügbar

Was geschieht mit Menschen (oft Alleinerziehende), die ihr Leben trotz Job nicht mehr finanzieren können? Sie gehen auf die Gemeinde und beantragen Sozialhilfe. Oder aber sie gehören, wenn die Bedingungen für Sozialhilfe nicht erfüllt sind, zur immer grösser werdenden Gruppe der Working Poor, die durch die Maschen des Sozialsystems fallen. Es sind dies Menschen wie du und ich, die arbeiten, mit dem Einkommen aber schlicht nicht über die Runden kommen.

Wie Lorenz Bertsch, Armutsexperte und Leiter des Fachbereiches Sozialpolitik bei der Caritas St.Gallen-Appenzell, am Montag an einem Anlass der SP Sarganserland sagte, hat Letzteres mit Unternehmen zu tun, die etwa Mitarbeitende auf Stundenbasis suchen; abrufbereit müssten sie aber zu 100 Prozent sein, was die Annahme einer weiteren Stelle verunmögliche. Die Stundenlohn-Anstellung bedeute auch null Einkommen bei Krankheit oder in der Ferienzeit. Der Detailhandel sei eine jener Branchen, in denen solch prekäre Jobangebote unterbreitet würden. Gerade die grössten Schweizer Detailhändler würden sich diesbezüglich nicht mit Ruhm bekleckern. Grundsätzlich würden aber Anstellungen in sämtlichen Tieflohnbranchen wie dem Bau- oder Gastgewerbe, dem Gesundheitswesen und vor allem der Industrie ganz allgemein zu vermehrter Schulden- oder Sozialberatung führen.

6000 armutsgefährdete Menschen

Aktuelle, fürs Sarganserland heruntergerechnete Zahlen aufgrund statistischer Angaben von Bund und Kanton zeigen gemäss Bertsch, dass es bei uns rund 3600 Personen gibt, die in Armut leben. Und etwa 6000, die armutsgefährdet sind (inklusive die 3600 Armutsbetroffenen). Rund 8000 Sarganserländerinnen und Sarganserländer könnten sich eine unerwartete Ausgabe von 2500 Franken – zum Beispiel für eine Zahnarztrechnung – nicht leisten. Zum Vergleich: Sozialhilfe beziehen im Sarganserland 402 Personen (per 2022).

Befassen sich an einem Anlass der SP Sarganserland mit dem Thema Armut im Kanton St. Gallen: Caritas-Regionalstellenleiter Lorenz Bertsch, Kantonsratskandidatin Anna-Lena Eggli und Regierungsrätin Laura Bucher (von links). Pressebild

Die Caritas, ein Hilfswerk des Bistums St.Gallen, kümmert sich explizit um jene, die durch die Maschen des Systems fallen. Erst seit 2011 mit vier Regionalstellen, darunter jener in Sargans. Das können Menschen sein, die am Existenzminimum leben und weder Sozialhilfe noch Ergänzungsleistungen beziehen können, die erwähnten Working Poor, Menschen, denen ein Schicksalsschlag wie Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. einen Lohneinbruch beschert. «Wir helfen dort, wo niemand sonst hilft», fasste es Bertsch zusammen.

Die Hilfeleistungen umfassen Sozialberatung (schnelle und unbürokratische finanzielle Überbrückungshilfen, Abgabe von Bezugskarten der Lebensmittelabgabestellen, von denen es in der Region mit Walenstadt, Wangs und Wartau deren drei gibt; dazu kommen Budgetberatungen und sozialrechtliche Klärungen). Die Schuldenberatung ist der andere Schwerpunkt der Caritas-Arbeit. Apropos Lebensmittelabgaben: Rund 400 Personen nutzen dieses Angebot; pro Jahr können so mehrere Zehntausend Kilogramm Lebensmittel sinnvoll abgegeben werden.

Gefährliche Kreditkartennutzung

Zusammenfassend meinte Bertsch: Armut könne jede und jeden betreffen. Manchmal brauche es nicht viel und Gefährdete würden in einen Teufelskreis geraten. Als Beispiel nannte er die Nutzung von Kreditkarten bei Einkäufen – was oft unweigerlich zu einer Verschuldungssituation führe. Höhere Energie-, Kleider-, Lebensmittelkosten, die in die Höhe schiessenden Preise bei den Mieten (plus Nebenkosten) und Krankenkassenprämien seien das andere explosive Gemisch, weshalb immer mehr Menschen die Armut drohe. Verbunden mit Einsamkeit, Verlust des sozialen Umfeldes, vermehrter Krankheit.

Mit der täglichen Arbeit ist es nicht getan. Es brauche, so Bertsch, auch sozialpolitisches Engagement. In diesem Zusammenhang erwähnte er als grossen Erfolg die Abschaffung der schwarzen Liste im Kanton St.Gallen, mit der phasenweise mehr als 10 000 Menschen stigmatisiert wurden durch die Reduktion auf eine Behandlung/Unterstützung nur noch im Notfall. Als Erfolg bezeichnete Bertsch auch die Erhöhung der Mittel für individuelle Prämienverbilligungen von rund 70 Millionen im Jahr 2019 auf 157 Millionen Franken im laufenden Jahr.

8000
Personen

im Sarganserland können sich eine **unerwartete Auslage** von 2500 Franken – zum Beispiel für eine Zahnarztrechnung – nicht leisten.

Bericht zur Familienpolitik

Was braucht es künftig für Anstrengungen? Ein Themenbereich ist die Sozialhilfe, die ja zurückgezahlt werden muss. Hier liesse sich im Sinne eines Return on Investment überlegen, ob man darauf nicht besser verzichten würde. Dafür plädierte auch Regierungsrätin Laura Bucher, Vorsteherin des Departements des Innern. Zwar sei das Thema Armut in Regierung und Parlament angekommen, aber es gebe noch viel zu tun (im Februar wird im Kantonsrat über einen Bericht zu den Grundlagen der st.gallischen Familienpolitik inklusive Armutsthematik debattiert).

Als wichtig bezeichnete Bucher auch die Vernetzung über Religions- und entsprechende Hilfswerksgrenzen hinweg. Die Arbeit der Caritas erfüllt in ihren Augen eine enorm wichtige Nothilfe-Aufgabe – «der Staat könnte das gar nicht leisten». Mit Interesse verfolgt sie einen Versuch in der Stadt Winterthur, die Sozialarbeit deutlich auszubauen, um mehr Zeit für Beratungen zu haben, was sich bei der Integration Betroffener positiv niederschlägt und letztlich auch zu weniger Sozialhilfebezügern führt. «Das kostet, aber es liessen sich Millionen sparen», lautete das Fazit auch für den Kanton St.Gallen.

Der gut besuchte Anlass zum Thema Armut im Kanton St.Gallen im Pfarreitreff Rägäbogä in Walenstadt wurde von SP-Kantonsratskandidatin Anna-Lena Eggli moderiert.